IPG

INTERVIEWS 26.10.2016

Stadt, Land, Muss

Was gegen die Tokioisierung der Welt hilft und weswegen es dabei auf die ländlichen Regionen ankommt.

Millionenstädte wie Tokio, Mexiko-Stadt oder Neu Delhi wachsen unaufhörlich. Bis 2025 könnte Tokio 37 Millionen Einwohner haben. Ist dieser Trend wirklich unumkehrbar?

Ich fürchte ja. Daher müssen wir alles tun, um das Wachstum der mittleren und großen Städte zu bremsen. Leider ist das Stadt-Land-Verhältnis seit Jahrzehnten äußerst unausgeglichen. Die Politik hat es nicht vermocht, das Entwicklungspotenzial ländlicher Regionen zu erkennen und zu fördern. Die Folge war, dass die Anzahl der Menschen, die weltweit in Städten leben, 2008 zum ersten Mal die 50-Prozent-Marke überschritten hat. Für 2030 wird erwartet, dass diese Zahl auf besorgniserregende 61 Prozent, 2050 sogar auf 70 Prozent steigen könnte. Der Urbanisationsprozess im globalen Süden verläuft sogar noch schneller.

Städte sind, waren und werden immer soziale Konstrukte sein. Wenn wir vermeiden wollen, dass im Jahr 2050 alle Städte „tokioisiert" sind, müssen wir sie aus einer menschlichen Perspektive betrachten und auf partizipative Weise gestalten und neu denken. Dabei muss ihre Diversität aus einem nachhaltigen Blickwinkel gesehen und einbezogen werden. Ein harmonisches Verhältnis zwischen den Städten und dem ländlichen Raum ist von großer Bedeutung. Dessen müssen wir uns bewusst werden. Die derzeitigen Trends sind eine Folge davon, dass den Städten die Bedürfnisse der ländlichen Räume unklar sind und welche Werte dort generiert werden. Viele Städter haben vergessen, dass das, was sie verbrauchen, oftmals von weit her kommt. Dieses fehlende Bewusstsein hat bewirkt, dass sich die Lebensumstände auf dem Land verschlechtert haben und dass es eine massive Abwanderung in Richtung der Städte gibt. Millionen von Menschen suchen in den Großstädten eine bessere Zukunft, finden diese aber nicht unbedingt. Die Zukunft der Städte ist deshalb eng mit dem ländlichen Raum verknüpft.

Auf der 3. UN-Siedlungskonferenz (Habitat III) wurde Mitte Oktober die „Neue Urbane Agenda“ verabschiedet. Was ist neu?

Die „Neue Urbane Agenda“ (NUA) ist meiner Meinung nach eine Art „Catch all“-Agenda. Sie enthält progressive Passagen, wie zum Beispiel die Nennung eines „Rechtes auf Stadt“. Auch wenn es nur an einer Stelle erwähnt wird, impliziert es, dass die Länder erkennen müssen, dass soziale Kämpfe nicht hinten anzustellen sind.

Eine Neuheit ist die Einbeziehung der Umwelt, der bei den letzten Konferenzen wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. So wurde das Thema des angemessenen Umgangs mit Ressourcen dieses Mal mit mehr Nachdruck behandelt. Das heißt jedoch nicht, dass es sich bei der NAU um eine grüne Agenda handelt, denn sie hat auch eine sehr konservative Färbung.

Mich enttäuscht, dass die Agenda auch neoliberale Anteile enthält, was überhaupt nicht mit dem Motto der Konferenz, „Städte für alle“, in Einklang zu bringen ist. Das wird etwa daran deutlich, dass die Rechte der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer, der Frauen oder der LGBTI-Community nicht expliziert angesprochen werden. Außerdem wurden Public-Private Partnerships (PPPs) als eine Form der Stadtverwaltung in die Agenda aufgenommen. Dabei sind PPPs vor allem ein Mechanismus, um Privatisierungen im öffentlichen Raum zu verstecken. Allerdings überrascht mich dies nicht. Auch die Planung der Habitat III wurde mit unternehmerischer Logik durchgeführt, obwohl es sich um einen Prozess mit großer zivilgesellschaftlicher Beteiligung handeln sollte.

Wäre es nicht sinnvoll, mittelgroße Städte attraktiver zu machen, damit nicht noch mehr Großstädte zu Mega-Cities werden?

Natürlich spielen mittelgroße Städte eine äußerst wichtige Rolle bei der Eindämmung der oben genannten Dystopie, dass die Städte zu Molochen werden. Daher waren mittelgroße Städte ein wichtiges Thema bei den Diskussionen und werden in ihrer Bedeutung in der NUA anerkannt. Denn sie gewährleisten auf nachhaltige Weise unter anderem den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, sicherer Unterkunft und Infrastruktur. Ich denke, dass es heute extrem wichtig ist, sich auf das Lokale zurückzubesinnen. Die Städte müssen ihre Verbundenheit mit der Natur und dem ländlichen Raum wieder wertschätzen und respektieren lernen.

Deutschland hat noch kein Problem mit Mega-Cities, wohl aber mit Landflucht. Was könnte Deutschland von Habitat III lernen?

Das ist nicht nur ein Charakteristikum Deutschlands. In Ecuador

haben wir auch keine Probleme mit Megastädten, aber trotzdem seit Jahrzehnten hohe Abwanderungszahlen vom Land in die Stadt. Deutschland hat dafür plädiert, umgehend auf die Dynamik der Urbanisierung zu reagieren und gleichzeitig mehr Möglichkeiten für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu bieten. Die Prioritäten lagen darauf, städtische Rahmenbedingungen zu verbessern. Damit soll Rechenschaftspflicht und lokale Verantwortung sichergestellt, die lokale Planung gestärkt, der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Infrastruktur gesichert sowie Partnerschaften zwischen verschiedenen staatlichen bzw. Verwaltungsebenen gefördert werden, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen .

Ecuadors Position hingegen konzentrierte sich auf Bevölkerungsfragen, die Förderung sozialer Gerechtigkeit und, wie Deutschland, darauf, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern und die Produktionsstruktur der Städte zu überdenken und wieder in die öffentliche Hand zu bringen. Beide Länder analysieren in ihren Berichten die Beziehung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten. In Ecuador ist die Bevölkerung in zwei Städten konzentriert: Quito und Guayaquil. Die Herausforderung liegt in deren Dezentralisierung. Hier kann Ecuador von Deutschland lernen, wo die Zentralisierung auf eine Region oder Stadt wenig ausgeprägt ist. Deutschland fördert die Digitalisierung der ländlichen Gebiete, um den Zugang zu bestimmten Dienstleistungen zu erleichtern und es für die Menschen attraktiver zu machen, dort zu leben. Ob dies ausreicht, um „Landflucht“ zu vermeiden, muss sich noch zeigen.

Ich hoffe, dass auch klar geworden ist, dass Städte Lebensräume sind und dass das Leben gerade aus der Vielfalt entsteht, die eine Stadt charakterisiert. Ich wünsche mir, dass beide Länder diese Vielfalt schätzen, die eine Folge von ständiger Migration ist. Ich beobachte mit wachsender Sorge, dass es Menschen gibt, die sich Neuem gegenüber verschließen, neuen Erkenntnissen, neuen Erfahrungen und neuen Menschen. Was nützt es, wenn Deutschland und Ecuador in der NUA etwas anerkennen, dessen Umsetzung in die Praxis aber schwierig ist. So kommt zum Beispiel Menschen auf der Flucht ein besonderes Augenmerk in der NAU zu (Absatz 20). Gleichzeitig wird jedoch toleriert, dass in einigen Orten in Deutschland eine beunruhigende und gefährliche Stimmung gegen Flüchtlinge herrscht oder in Ecuador Menschen, die vom kolumbianischen Konflikt vertrieben wurden, allein zurechtkommen müssen.

Ich hoffe, dass in den nächsten 20 Jahren Städte so integrativ gestaltet werden, dass solche Dinge nicht mehr passieren. Städte sollten sich gefährdeter, benachteiligter und vernachlässigter Gruppen annehmen,

sodass sie wirklich einbezogen werden und sich sicher fühlen. Wir sollten in Städten leben, in denen Marginalisierung sowie diskriminierende Gesetze, Einstellungen und Praktiken der Vergangenheit angehören. Das ist etwas, dass hoffentlich nicht nur Ecuador und Deutschland aus dem Prozess gelernt haben, sondern alle Länder.

Die Habitat-Konferenzen finden nur alle 20 Jahre statt. Ist das ausreichend?

Ob der Zeitraum zu lang ist oder nicht, spielt eine geringere Rolle als die Frage, ob die Bemühungen im politischen und sozialen Bereich ausreichen, um unsere Städte zu verändern. Ohne Zweifel war die Habitat-Konferenz von großer Bedeutung für die Zukunft unserer Städte. Sie war außerdem eine Einladung, die Entwicklung gerechterer Städte und wie wir selbst dazu beitragen können, zu überdenken und sie in ihrer Komplexität und Vielfalt zu verstehen. Gleichzeitig brachte sie das Thema der Bürgerbeteiligung auf den Tisch, um gerechtere und nachhaltigerer Städte zu gestalten.

Die Konferenz war eine einzigartige Gelegenheit zur Vernetzung und für den Austausch von Erfahrungen, Ideen und Lösungsansätzen. Aber am Ende sind es die Bewohner, die die Städte verändern. Es liegt an ihnen, für die Städte eine Zukunft ohne Egoismus, sondern mit kollektiver Verantwortung zu schaffen. Ziel ist es, in Gemeinschaft, in lebendigen und sicheren Lebensräumen, anstatt in fragmentierten und von geschlossenen und privilegierten Räumen segregierten Städten zu leben.

Die „Neue Urbane Agenda“ ist ein unverbindlicher Leitfaden für die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Das Dokument hat viel Kritik hervorgerufen. Aber gerade die Tatsache, dass es nicht verbindlich ist, bedeutet auch, dass wir seine Widersprüche nicht hinnehmen müssen. Man kann durchaus optimistisch in die Zukunft der Städte blicken. Dieser Optimismus ergibt sich aus dem Engagement, das ich in diesem Prozess bei der Bevölkerung beobachten konnte. Die Bürger weltweit suchen zunehmend nach Mitgestaltungsmöglichkeiten und warten nicht auf die Aufmerksamkeit der Behörden, um Veränderungen in Richtung einer gerechteren Entwicklung der Städte voranzutreiben.

Die Fragen stellte Anja Papenfuß.



Gustavo Endara
Quito

Gustavo Endara ist Projektkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ecuador. Er widmet sich Themen der Förderung einer gerechten Wirtschaft und des demokratischen Dialogs zwischen verschiedenen politischen, akademischen und gesellschaftlichen Akteuren.

1 LESERBRIEFE

Jürgen Römer schrieb am 01.11.2016

Im Titel wird suggeriert, es gehe um ländliche Regionen. Stattdessen wird über Städte gesprochen. Die ländlichen Regionen werden mit pauschalen Klischees wie dem der "Landflucht" abgehandelt und als Problemzonen betrachtet. Das ist gängige Mainstream-Praxis in Deutschland seit vielen Jahren, leider z. T. auch Lobby-geleitet (Revision Art. 72 GG / Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse). Dass ländliche Regionen enorme Potenziale anderer Art als Städte besitzen, z. B. auf sozialem Gebiet (um nur eines zu nennen), das wird nicht einmal angedeutet. Schade!